

Berlin steigt um!

Eckpunkte für den Ausstieg aus der Atomkraft und den Einstieg in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Städte sind mit die größten Stromverbraucher. Wirtschaft, Verkehr, Leben – für alles brauchen wir Strom. Wir wollen Berlin zur Klimahauptstadt machen und deshalb muss Berlin vorangehen für eine Energiewende weg von Atom hin zu erneuerbaren Energien. Eine Stadt für alle heißt auch, eine Stadt die ihren Beitrag leistet, aus der gefährlichen Atomkraft auszusteigen, das Klima zu schützen und saubere Energie zu produzieren, um ein lebenswertes Leben mit sauberer und bezahlbarer Energie für alle zu ermöglichen.

In Berlin steht kein Atomkraftwerk. Aber Berlin importiert genauso viel Strom aus anderen Bundesländern wie ein mittelgroßes AKW produziert. Und wengleich der Vattenfall-Konzern, Berlins Grundversorger beim Strom, in Berlin inzwischen erste Anzeichen in Richtung einer weniger klima- und umweltschädlichen Energieversorgung erkennen lässt – allerdings nur durch großen politischen Druck – betreibt er in Deutschland nach wie vor den stör anfälligsten Atomreaktor Krümmel und mit Brunsbüttel eins der ältesten AKWs. Deshalb gilt auch für Berlin: raus der Atomkraft.

Berlin muss endlich seinen Beitrag zum Atomausstieg leisten. Dazu müssen wir unseren Energieverbrauch durch Energieeffizienztechnologien und Energiesparen deutlich verringern und die erneuerbaren Energien ausbauen. So kann Berlin über einen anderen Energiemix die Energiewende vorantreiben. Der rot-rote Senat hat es versäumt, in den letzten 10 Jahren auch nur Akzente für eine zukunftsfähige Energiepolitik zu setzen. Ein Beleg hierfür: Berlin ist im Bundesländervergleich Erneuerbare Energien vom vorletzten Platz (2008) auf den letzten Platz (2010) zurückgefallen.

Wir werden den Umstieg Berlins forcieren, mit einem Intelligenten Kraftwerk die dezentrale Energieversorgung beschleunigen, über ein Einsparkraftwerk massiv Energie einsparen und den Ausbau der Erneuerbaren Energie vorantreiben. Diese Dynamik wird Berlin mit einem Cluster Energie auch wirtschaftlich von Nutzen sein und zahlreiche neue Arbeitsplätze bringen. Wir treiben die Energiewende voran – Berlin steigt um.

1. Berlin steigt um auf Ökostrom und senkt damit deutlich die CO₂-Emissionen

Unser Ziel ist es, dass von Berlin aus keine Nachfrage mehr nach Atomstrom ausgeht und kein Geld mehr in die Kassen von Atomkonzernen fließt.

Wir rufen die Berlinerinnen und Berliner auf, das zu tun, was Bundesregierung und Senat nicht schaffen: Steigen Sie um auf Ökostrom! Die Tarife sind teilweise sogar günstiger als der Basis-Tarif des Atomkonzerns Vattenfall. Die Umweltverbände empfehlen vier Ökostromanbieter: EWS Schönau, Lichtblick, Naturstrom und Greenpeace Energy. Informationen über die Tarife der empfohlenen Ökostromanbieter finden interessierte BürgerInnen unter www.atomausstieg-selbermachen.de

Berliner Steuergeld nicht weiter bevorzugt den Atomkonzernen geben

Auf dem Papier bezieht das Land Berlin für die öffentlichen Einrichtungen zwar keinen Atomstrom, faktisch gibt Rot-Rot aber weiter Berliner Steuergelder an den Atomkonzern Vattenfall. Das Land Berlin

bezieht seinen gesamten, nur vermeintlich ökologischen Strom von Vattenfall und ist immer noch einer der größten Kunden des Atomkonzerns. Der Senat hat durch die Bedingungen seiner Stromausschreibung unabhängige Ökostromanbieter systematisch benachteiligt. Die „Umweltkriterien“ der Stromausschreibung hat der Senat so formuliert, dass Vattenfall mit Schummel-Ökostrom (RECS-zertifizierter Strom), mit dem in der Regel nicht eine einzige Neuanlage erneuerbarer Energien verbunden ist), die besten Aussichten hatte und den Zuschlag für alle Teillose erhalten hat.

Wir werden die nächste Stromausschreibung des Landes Berlin – ähnlich wie das Land Bremen – mit ambitionierten Ökokriterien gestalten: Der Strom muss auch aus Neuanlagen der erneuerbaren Energien stammen, und Schummel-Ökostrom wird keine Chance haben. Dafür werden kleine Ökostromanbieter endlich eine realistische Chance bekommen, Teillose zu gewinnen. Nur so kann Berlin mit seinem Strombezug den Energiemix tatsächlich beeinflussen – weg von Atom und Kohle, hin zu erneuerbaren Energien und hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung. Die Vorbereitung der Stromausschreibung wird der neue Senat noch im Jahr 2011 beginnen, die Ausschreibung Anfang 2012 veröffentlichen, ab dem 1.1.2013 wird das Land mit seinem Strombezug zu einem Ausbau der erneuerbaren Energien beitragen und real in großem Umfang Atomstrom und CO₂ einsparen. Die Stromausschreibungen landeseigener Betriebe sollen entsprechend gestaltet werden.

Gespräche mit den Nachbarn in Polen

Der Senat von Berlin muss endlich politische Gespräche über Möglichkeiten und Grenzen einer Kooperation in der Energiepolitik mit dem Nachbarn in Polen aufnehmen. Denn die Pläne zum Neubau von Atomkraftwerken in Polen sehen wir mit Sorge. Mehrere Standorte, die die polnische Regierung mit Priorität prüft, befinden sich in der Region Westpommern, also in oder nahe der polnisch-deutschen Grenzregion. Wir sind im Kontakt mit unseren polnischen Freunden, erst letzte Woche hat eine Delegation der grünen Abgeordnetenhausfraktion das Regionalparlament Westpommerns in Stettin besucht. Die Regierende Bürgermeisterin würde nach ihrem Amtsantritt sehr schnell das Gespräch mit Polen über Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei den erneuerbaren Energien und über die Atomkraft suchen.

2. Berlin baut ein „Intelligentes Kraftwerk“

Bis 2016, dem Ende der nächsten Legislaturperiode soll in Berlin ein intelligentes virtuelles Kraftwerk entstehen, das eine größere elektrische Leistung hat als alle konventionellen Berliner Kraftwerke. Das Grüne Klimastadtwerk soll Anlagen der erneuerbaren Energien und Blockheizkraftwerke, die es in öffentlichen Gebäuden errichtet, durch Regelungstechnik so zu einem virtuellen Kraftwerk koordinieren, dass sie Lastenunterschiede innerhalb des Systems ausgleichen können, Spitzenlasten reduzieren und zudem einen Beitrag zur flexiblen Aufnahme von Windstrom leisten. Entsprechende Pilotprojekte von Vattenfall und GASAG in Berlin begrüßen wir ausdrücklich. Beide Unternehmen wollen dezentrale Anlagen durch intelligente Regelungstechnik zu intelligenten Kraftwerken zusammenschließen, und beide haben sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2011 jeweils 100.000 Wohnungen in Berlin so zu versorgen. Wir wollen diese Projekte zusammenführen, so dass ein großes intelligentes Kraftwerk entsteht, bei dem die Regelungsdienstleistung in einer Hand liegt. Die physische Energieproduktion für das Intelligente Kraftwerk soll durch die angeschlossenen Blockheizkraftwerke, Wärmepumpen, Solaranlagen etc. oder von unterschiedlichsten Personen oder Unternehmen erbracht werden können und damit so marktoffen wie möglich sein. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode soll dieses Kraftwerk eine Leistung von über 500 MW haben und damit die elektrische Leistung jedes einzelnen konventionellen Berliner Kraftwerks übertreffen.

Öffentliche Gebäude zu Kernen von Nahwärmenetzen machen

Wir wollen veraltete und ineffiziente Heizungsanlagen öffentlicher Gebäude durch moderne Blockheizkraftwerke ersetzen. Diese Blockheizkraftwerke in öffentlichen Gebäuden sollen Kerne für kleine Nahwärmenetze werden, an die auch die umliegende Wohnbebauung angeschlossen werden kann. Dies erhöht die Effizienz der Anlagen und macht sie im Sommer wirtschaftlicher, weil die umliegenden Gebäude in der Regel einen höheren Warmwasserverbrauch haben. Die Nahwärmenetze sollen außerhalb der Fernwärmegebiete aufgebaut werden.

3. Berlin baut ein Einsparkraftwerk

Energieeinsparen und Energieeffizienz sind die preisgünstigsten Neuen Energien. Wir wollen Berlins Energieverbrauch durch moderne Effizienztechnologien so weit reduzieren, dass die Leistung eines mittleren Kraftwerks ersatzlos eingespart werden kann. Folgende Maßnahmen sollen dies innerhalb einer Legislaturperiode erreichen:

Berliner Energie-Kampagne

Wir werden mit einer Energiekampagne die Information der Berlinerinnen und Berliner über ihre individuellen Energiespar- und Klimaschutzmöglichkeiten deutlich verbessern. Wir suchen dazu die Kooperation mit dem Stadtvertrag Klimaschutz, einer Initiative von IHK, Handwerkskammer, DGB und BUND in Berlin. Zusätzlich werden wir das Projekt zur Energieberatung in einkommensschwachen Haushalten durch ehemalige Langzeitarbeitslose, das sich der Senat auf Grünen Druck hin von Frankfurt abgesehen hat, ausbauen.

Klima-Stadtwerk modernisiert öffentliche Gebäude

Damit die öffentlichen Gebäude nicht weiter zu den größten Energieschleudern Berlins zählen, werden wir ein Klima-Stadtwerk gründen, das mit der Wärmedämmung öffentlicher Gebäude beauftragt wird. Es wird schrittweise mit einem Eigenkapital von 500 Millionen Euro ausgestattet, indem ihm jährlich im Haushalt vorhandene Mittel der baulichen Unterhaltung zugeführt werden. Auf diese Weise wollen wir das Eigenkapital jährlich um bis zu 50 Mio Euro erhöhen, so dass 500 Mio in ca. 10 Jahren aufgebaut sein werden. Bei einer gering veranschlagten Eigenkapitalrendite können so erstmals auch Klimaschutzinvestitionen angeschoben werden, die sich erst nach längerer Zeit refinanzieren.

Zudem werden wir verbindliche und praktikable Vorgaben für diese Maßnahmenbereiche entwickeln. Dazu gehört insbesondere eine lückenlose Gebäudebewertung aller öffentlichen Liegenschaften, so dass aufbauend auf den ermittelten CO₂-Vermeidungskosten für die einzelnen untersuchten Sanierungsmaßnahmen die begrenzten Berliner Finanzmittel zukünftig zielgerichtet in diejenigen Maßnahmen fließen können, die den höchsten Nutzen an Klimagasminderung bewirken und folglich auch zu relevanten Kosteneinsparungen bei der Unterhaltung der Liegenschaften führen.

Stufenmodell für die energetische Sanierung im Berliner Gebäudebestand

Schlecht gedämmte Häuser und wenig effiziente Heizungen sind ein Klimaproblem – und gleichzeitig auch ein enormes soziales Problem, vor allem in Berlin. Denn die Einkommensschwächsten sind von Energiepreiserhöhungen besonders betroffen. Wir wollen die Wohnungen Berlins bis 2050 stufenweise auf Niedrigenergiehaus-Standard sanieren. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Berliner Mieterverein (BMV) und die Industrie- und Handelskammer (IHK) haben hierfür einen gemeinsamen Vorschlag erarbeitet, die auch eine Härtefallklausel enthält. Wir werden dieses Stufenmodell aufgreifen, weiterentwickeln und gesetzlich verankern, um die energetische Sanierung der Berliner Wohnungen ökologisch, sozialverträglich und wirtschaftlich in Angriff zu nehmen.

Bürgerschaftsmodell zur Förderung von effizienter Energietechnik

Wir wollen mit einem innovativen Fördermodell Klimaschutzinvestitionen in vermieteten und selbstgenutzten Gebäuden unterstützen, ohne den Landeshaushalt zu belasten: Mit unserem Bürgerschaftsmodell bei der Klimaschutzförderung werden wir den Zinsvorteil des Landes für den Bau von Blockheizkraftwerken und hocheffizienter Heiztechnik weitergeben. So mobilisieren wir zusätzliche zinsverbilligte Kreditangebote für die energetische Sanierung und verbessern gleichzeitig die Bedingungen für faire Contracting-Modelle in Berlin.

4. Erneuerbare Energien in fünf Jahren verfünffachen

Wir wollen die Nutzung erneuerbarer Energien in Berlin in der nächsten Legislaturperiode mindestens verfünffachen. Die Biomassepläne von Vattenfall sind dabei nicht berücksichtigt, das Ziel soll gegenüber dem Basisjahr 2005 erreicht werden. Der Bundesländervergleich Erneuerbare Energien hat deutlich

gemacht, dass Berlins technische Möglichkeiten „bisher nur in sehr geringem Maße“ ausgeschöpft werden. Nach 10 Jahren rot-roter Regierung tragen die Erneuerbaren nur ein Prozent der Berliner Energieversorgung – und das auch nur, weil der Senat die Müllverbrennung als erneuerbare Energie bezeichnet. Hier ist deutlich mehr drin, auch wenn Berlin als Stadtstaat mit seinen begrenzten Flächen erneuerbare Energien wie die Windenergie nie im selben Ausmaß nutzen kann wie die Flächenländer. Große Potenziale für die Solarenergie bieten die Dachflächen Berlins, auch für die Nutzung von Erdwärme aus bis zu 5.000 Metern ist Berlin ein geeigneter Standort.

Bürokratische Hemmnisse für die erneuerbaren Energien abbauen

In Berlin bestehen mehr rechtliche und administrative Hemmnisse für die Nutzung erneuerbarer Energien als in allen anderen Bundesländern. Wir werden die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Genehmigungsverfahren weitestgehend an der Brandenburger Praxis orientieren, denn Brandenburg ist hier bisher Vorreiter in Deutschland.

Abfälle effizient energetisch nutzen

Wir wollen die Wertstoffe aus Berliner Abfällen, die derzeit ineffizient in Jänschwalde als Ersatzbrennstoff mitverbrannt werden und die dortigen klimaschädlichen Braunkohlekraftwerke wirtschaftlicher machen, einer effizienten Nutzung in Kraft-Wärme-Kopplung in Berlin zuführen. Dadurch wird sich der Anteil der erneuerbaren Energien auch an der Berliner Stromerzeugung deutlich erhöhen. Zudem wollen wir dabei eine verbesserte Abgasreinigung durchsetzen, die die Umwelt von weiteren Schadstoffen entlastet.

Nachhaltige Biomasse-Strategie für Berlin

Die energetische Nutzung von Anbau-Biomasse ist für uns Teil einer Übergangsstrategie ins Solar-Zeitalter. Hier gilt es, Fehler zu vermeiden, die die Biomasse zum Teil des Problems statt zum Teil der Lösung machen und ihrer Akzeptanz langfristig schaden, wie dies beim Palmöl schon geschehen ist. Deshalb wollen wir für die energetische Nutzung von Biomasse in Berlin erstens eine Priorität für die stoffliche und energetische Nutzung von Biomasse aus Abfällen und Reststoffen und zweitens strikte Nachhaltigkeitskriterien für Anbau-Biomasse durchsetzen.

Erneuerbare Energien in öffentlichen Gebäuden nutzen

Oberste Priorität hat für uns, die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude in Angriff zu nehmen und im Zuge dessen auch deren Energieversorgung so weit wie möglich auf erneuerbare Energien umzurüsten. Das Klimastadtwerk wird mit dieser Aufgabe betraut. Um in großem Umfang wirtschaftliche Investitionen in Anlagen der erneuerbaren Energien, der Nutzung von Abwasserwärme, Energieeffizienz und hocheffiziente Blockheizkraftwerke anzuschieben, wollen wir auch Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen ermöglichen, sich finanziell bei entsprechenden Projekten des Klimastadtwerks zu engagieren.

Windenergie verzehnfachen

Berlin hat als Stadtstaat nur begrenzte Möglichkeiten für die Nutzung der Windenergie. Aber zumindest diese sollte man nutzen und nicht wie bisher Investoren mit jahrelangen Genehmigungsprozessen abschrecken. Wir wollen endlich Eignungsgebiete für Windenergie in Berlin ausweisen und so die Windenergienutzung voranbringen. Die Verzehnfachung der Windenergienutzung in Berlin ist kein unrealistisches Ziel, denn in zehn Jahren hat Rot-Rot nur ein einziges Windrad genehmigt. Wir wollen 10 weitere Windräder mit einer Leistung von 2-3 MW errichten und damit ca. 12.000 4-Personen-Haushalte mit sauberem Strom versorgen.

Zeithorizont: Verzehnfachung der Berliner Windenergie bis 2017

5. Neue Energien für neue wirtschaftliche Dynamik

Aufbau eines Wirtschafts- und Wissenschaftsclusters Energie

Mehr als 350 Unternehmen, etwa 30.000 Arbeitsplätze, mehr als 500 Experten, die an einem breiten Spektrum energierelevanter Themen forschen – die Energietechnik hat bereits einen wichtigen Stellenwert in der Berliner Wirtschaft und Wissenschaft. Diese Größe hat den Senat 2008 sogar dazu veranlasst, entgegen seiner vorherigen Haltung ein Kompetenzfeld Energietechnik einzurichten. Doch Berlin hat noch viel mehr zu bieten: Weltmarktführer bei Turbomaschinen, Spitzenposition in der Photovoltaik, besondere Kompetenzen in Wissenschaft und Wirtschaft in anderen Kernfeldern wie Antriebe, elektrische Netze und Lichttechnik – es gibt genügend Gründe für ein Cluster Energie in Berlin. Wir können nicht warten bis die „kritische Größe“ ohne Senatsarbeit erreicht ist, sondern müssen sofort auf die Energie von Berlin setzen!

Erhöhung der Energieeffizienz in Berliner Unternehmen

Ressourcen- und Energieeffizienz ist ein Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit. Wir werden diesen Trend unterstützen und zu diesem Zweck u. a. eine Innovationsoffensive starten, deren Herzstück der Aufbau von Netzwerken zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen ist. Insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen wollen wir durch den Transfer von Wissenschaftsleistungen unterstützen. Energieeffizienz ist zudem eines der Schlüsselthemen für die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand. Viele Landesunternehmen Berlins zählen zu den energieintensiven Unternehmen – z. B. die Bäderbetriebe. Aber auch bei der BSR, den Wohnungsunternehmen oder den Wasserbetrieben gibt es nach wie vor noch große Potentiale für Energieeinsparungen. Allein die BVG will in den kommenden Jahren über 200 Millionen Energiekosten einsparen.

Ansiedlungsstrategie

Die neuen Energien bieten enorme wirtschaftliche Potenziale. Diese Zukunftstechnologien werden aufgrund des sich verschärfenden Klimawandels und der steigenden Energiepreise weltweit immer stärker nachgefragt werden. Die Städte, die jetzt entschlossen auf neue Energien setzen, werden zu attraktiven Standorten für Unternehmen dieses Wachstumsmarkts. Die Vorreiter von heute sind die Weltspitze von morgen – das gilt für die Unternehmen und die Städte gleichermaßen. Diese Chance muss Berlin jetzt nutzen und neue Unternehmen in die Stadt holen – durch eine aktive Klimaschutz- und Ansiedlungspolitik. Heute haben 12 Bundesländer in Deutschland eine bessere Ansiedlungsstrategie für Unternehmen der erneuerbaren Energien als Berlin.

Green IT

Wir wollen das Thema Energie- und Materialeffizienz als festen Bestandteil in die Innovationsstrategie des Landes Berlin integrieren. Anreize werden wir durch Schwerpunktbildung bei der Wirtschaftsförderung, durch Kooperationen und Netzwerkbildung mit ansässigen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen sowie der Ausschreibung von entsprechenden Produktlösungen geschaffen werden. Um Energieeffizienz stärker auszuschöpfen, werden wir auch bei den Servern der Landesverwaltung ansetzen: Die Virtualisierung der Serverstruktur und die Nutzung der Server-Abwärme bergen erhebliche Energieeffizienzpotenziale. Beispielhaft hierfür ist die Heinrich-Böll-Stiftung; in deren Gebäude ist die Serverabwärme integraler Bestandteil der Energieversorgung.

6. Optimale Rahmenbedingungen für Energiepolitik in Berlin

Damit Klima- und Energiepolitik gelingen kann, braucht es Rahmenbedingungen und Strukturen, die dies fördern – statt wie bisher zu behindern. Deshalb werden wir in der nächsten Legislaturperiode folgende Maßnahmen beschließen:

Einstieg in eine strategische Energiepolitik mit einem Klimaschutzrahmengesetz

Wir wollen mit einem Klimaschutzgesetz die Politik des Landes Berlin klar am Klimaschutz und am Atomausstieg ausrichten. Deshalb wollen wir im ersten Paragraphen als Zweck des Gesetzes festschreiben,

dass die Treibhausgasmissionen in Berlin bis 2050 um 95 % verringert werden. Der Senat wird mit dem Gesetz verpflichtet, dem Abgeordnetenhaus Klimaschutzaktionspläne für alle relevanten Bereiche wie Gebäude, Verkehr, Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung vorzulegen, in denen er aufzeigt, mit welchen Maßnahmen er im Detail die festzulegenden Zwischenziele erreichen will. Ein solches Klimaschutzgesetz ist vor allem ein Rahmengesetz und könnte daher ungeachtet der Kontroverse um Energievorgaben für Bestandsgebäude noch in dieser Legislaturperiode vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden.

Energiecheck für Gesetze und Verordnungen

Alle Gesetze und institutionellen Strukturen des Landes werden auf ihre energiepolitischen Auswirkungen hin überprüft und gegebenenfalls ersetzt. Die Ausgaben des Landes und der landeseigenen Betriebe werden auf direkte und indirekte klimaschädliche Subventionen hin überprüft.

Datenlage verbessern, um realistische Umstiegsplanung zu ermöglichen

Eine realistische Planung für den Umstieg Berlins auf 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050 krankt auch an der mangelnden Datenlage: Wie hoch ist der Wärmebedarf aktuell? Wie weit lässt sich dieser Bedarf mit welchen Maßnahmen bis 2050 wie weit senken? In welchem Umfang können welche erneuerbaren Energien zum Einsatz kommen? Wir werden deshalb entsprechende Gutachten in Auftrag geben, und zwar zur Ermittlung der Wärmebedarfe und zur Ermittlung der regionalen Potenziale erneuerbarer Energien in Berlin-Brandenburg. Darauf aufbauend werden wir eine Studie zur mittel- und langfristigen Kraftwerksplanung für Berlin erstellen lassen mit dem Ziel eines Landeskonzepts für die Wärme- und Stromversorgung (Kraftwerksstandorte, Kapazitäten, Brennstoffmix) und den Bedingungen einer aktiven Energie- und Klimaschutzpolitik.

Auslaufen der Konzessionsverträge nutzen

2013 und 2014 laufen die Netz-Konzessionsverträge für Gas, Strom und Fernwärme aus. Wir werden den Klimaschutz zum zentralen Kriterium bei der anstehenden Entscheidung über den Betrieb der Energienetze machen. Mit der Konzessionsvergabe werden wir die nötigen Investitionen in die Netze sicherstellen. Dafür kann es notwendig sein, den Netzbetrieb von den Hauptversorgern der Stadt zu trennen und unabhängig zu führen oder dem neuen Klimastadtwerk „Berlin Energie“ zuzuordnen.

Renate Künast (Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin)

Michael Schäfer (Abgeordnetenhaus-Fraktion, Sprecher für Klimaschutz und Energiepolitik)

Bettina Jarasch (Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Berlin)